

Antrag

der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u. a. CDU

und

Stellungnahme*)

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Bedeutung sie dem Trend der Digitalisierung bzw. der Industrie 4.0 für Baden-Württemberg und insbesondere für die Region Heilbronn-Franken zu- misst und welche Auswirkungen dieser auf die Bereiche Wohnen, Leben, Ler- nen und Arbeiten in der Region hat;
2. inwieweit die Digitalisierung der Wirtschaft in Baden-Württemberg und insbe- sondere in der Region Heilbronn-Franken in den einzelnen Branchen bereits vorangeschritten ist;
3. wie sie die Breitbandversorgung in der Region Heilbronn-Franken bei Privat- haushalten, bei Industrieunternehmen und bei Kleinen und Mittelständischen Unternehmen (KMU) sowie im Vergleich von ländlichem und städtischem Raum, unter Angabe der Versorgungsquoten mit verfügbaren Bandbreiten in der Region und der Einschätzung der Wirtschaftsunternehmen vor Ort bewertet;
4. welche Leistungsanforderungen sich für die Breitbandversorgung in den kom- menden Jahren und mittel- bis langfristig bei den unterschiedlichen Anspruchs- gruppen (vergleiche Ziffer 3) in der Region Heilbronn-Franken ergeben;

*) Mit Schreiben vom 29. April 2016 teilt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft mit, dass leider aufgrund des unmittelbar bevorstehenden Endes der Wahlperiode keine Stellungnahme mehr erfolgen kann. Der Antrag gilt somit durch Ablauf der Wahlperiode als erledigt (Diskontinuität – vgl. § 51 der Geschäftsordnung).

5. in welcher Höhe in den Jahren 2011 bis 2016 jeweils Haushaltsmittel des Landes (sowie nach ihrer Kenntnis Fördermittel des Bundes und der EU) für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und der Breitbandversorgung in der Region Heilbronn-Franken zur Verfügung gestellt wurden und welche Investitionen in die Breitbandinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken generell beziehungsweise in zentrale Projekte in den kommenden fünf Jahren notwendig sind, um die unter Ziffer 4 beschriebenen Leistungsanforderungen zu erreichen;
6. welche besonderen Maßnahmen und Initiativen sie konkret verfolgt, um insbesondere Unternehmen in der Region Heilbronn-Franken den Einstieg in die digitale Wirtschaft zu erleichtern und inwiefern vonseiten des Landes eine neue Gründerkultur im Bereich der digitalen Wirtschaft, vor allem auch im ländlichen Raum, insbesondere hinsichtlich Initiativen zur Einwerbung von Risikokapital in diesem Bereich und der Auswirkungen auf die Region Heilbronn-Franken gefördert wird;
7. welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um in der Region Heilbronn-Franken verstärkt Fachkräfte für die digitalisierte Wirtschaft auszubilden (unter Nennung der Initiativen an den Hochschulen [Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Duale Hochschule Baden-Württemberg] in der Region Heilbronn-Franken [auch im Postgraduiertenbereich] die auf diesem Gebiet ergriffen werden);
8. wie sie Unternehmen, vor allem auch KMU, in der Region Heilbronn-Franken dabei unterstützt, ihre Mitarbeiter auf den digitalen Wandel und die Herausforderungen der Industrie 4.0 vorzubereiten, spezialisierte Mitarbeiter im Unternehmen zu halten und Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt anzuwerben;
9. wie sie sicherstellt, dass bei Schülern und Berufsschülern, beruflichen Weiterbildungsangeboten sowie in der Lehrer- und Berufslehraus- wie -fortbildung die Notwendigkeit, mehr digitale Kompetenz zu vermitteln, verstärkt berücksichtigt wird;
10. welche Maßnahmen sie (gegebenenfalls auch im Bundesrat) ergreift, um der zunehmenden Bedrohung auch vieler KMU durch Cyberkriminalität zu begegnen und welche Fortschritte die Landesregierung in Kooperation mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft beim Ausbau moderner E-Government-Angebote sowie bei der Verwaltungsmodernisierung macht.

27. 04. 2016

Gurr-Hirsch, Freiherr von Eyb CDU

Hinderer, Gall, Sakellariou SPD

Dr. Bullinger FDP/DVP

Begründung

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist der bestimmende Trend der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Um wettbewerbs- und zukunftsfähig zu bleiben, benötigen Unternehmen auf absehbare Zeit einen Breitbandzugang, der im Gigabit-Bereich liegt. Insbesondere in ländlichen Regionen ist aber momentan schon eine erhebliche Unterversorgung festzustellen. Gleichzeitig muss die adäquate Infrastruktur bezahlbar bleiben, um Standorte und Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere in der Region Heilbronn-Franken, zu sichern. Die Begleitung und Gestaltung der Digitalisierung ist deshalb eine der zentralen Herausforderungen der Standortpolitik. Laut einer Studie der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe aus dem Jahr 2014 ist für Unternehmen eine schnelle Internetverbindung der wichtigste Standortfaktor – vor Verkehrsanbindung, Grundstückspreis und Steuern. Einer Studie des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zufolge lag der durchschnittliche Breitbandbedarf eines Unternehmens schon im Jahr 2013 bei über

50 Mbit/s. Bis zum Jahr 2018 soll der durchschnittliche Bedarf auf 169 Mbit/s steigen. Mittel- bis langfristig wird aber auch dies nicht ausreichen. In derselben Studie wird berichtet, dass jedes zweite Unternehmen nur auf eine Geschwindigkeit von 6 Mbit/s im Download und 2 Mbit/s im Upload zurückgreifen kann. Zwei Drittel der Unternehmen in Gewerbegebieten sind mit der Internetgeschwindigkeit nicht zufrieden und jedes fünfte unterversorgte Unternehmen stellt die Standortfrage.

Für die Region Heilbronn-Franken als Region der Weltmarktführer ist dieser Zustand nicht haltbar. Deshalb lud die Initiative pro Region Heilbronn-Franken e. V. zu einem Fachgespräch zum Thema Digitalisierung ein, aus dem sich der vorliegende Antrag entwickelte.

Die Herausforderung der Digitalisierung der Wirtschaft liegt jedoch nicht allein im Ausbau der digitalen Infrastruktur. Sie ist insbesondere für KMU eine enorme Kraftanstrengung – Unternehmen müssen sich neu aufstellen, Mitarbeiter spezialisiert und gebunden oder überhaupt gefunden werden. Gerade im ländlichen Raum, der große Teile der Region Heilbronn-Franken ausmacht, müssen die Weichen für die digitale Wirtschaft gestellt werden, um auch in Zukunft Innovationen für den Weltmarkt entwickeln zu können. Neben der Verfügbarkeit von Fachkräften sind die Lebensqualität und die Attraktivität des ländlichen Raums auch als Lebensraum und die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft von großer Bedeutung. Zentrales Anliegen der Landesregierung muss sein, dass auch in Zukunft eine gleichmäßige Entwicklung von ländlichem Raum und Verdichtungsräumen gewährleistet wird.

Die Grundlage für Fachkräfte im Bereich der Digitalisierung wird im Bereich der Schul- und Berufsausbildung gelegt. Im Unterricht sollten der Umgang mit digitalen Medien wie auch in den Grundlagen der Informatik eine vermehrte Aufmerksamkeit erfahren. Da das Wissen über die digitale Welt von ständigem Wandel geprägt ist, gilt es auch im Bereich Lehreraus- und -fortbildung das Fundament für die Zukunft zu legen.

Eine sichere IT-Infrastruktur ist für die meisten Unternehmen heute überlebenswichtig. Vermehrt – nicht nur im ländlichen Raum – werden KMU Ziele von Angriffen der sog. Cyberkriminalität. Unternehmen sind für die Sicherheit ihrer Informationssysteme selbst verantwortlich, können jedoch gegen internationale Kriminalität und Angriffe von Staaten wenig ausrichten. Entsprechend der Zuständigkeiten muss die Landesregierung hier einerseits selbst größere Anstrengungen, insbesondere im Bereich Prävention, unternehmen, wie auch auf Bundes- und Europaebene auf die Bedeutung sicherer Strukturen und eines verlässlichen Rechtsrahmens für den Standort Deutschland und die von Hidden Champions geprägte mittelständische Wirtschaft hinweisen.

Ein Standort, der sich verstärkt der digitalen Zukunft zuwendet, ist auch auf eine moderne, zukunftsfähige Verwaltung mit leistungsfähigen E-Government-Angeboten angewiesen. Diese dürfen sich nicht auf die reine digitale Nachbildung analoger Prozesse beschränken, sondern sollten das Innovationspotenzial der Digitalisierung auch für die Optimierung nutzen. Aus der Digitalisierung können innovative Impulse für die Verwaltungsmodernisierung hervorgehen. Diese Chance gilt es zu nutzen.